

NACHRICHTEN

UNO: Tschetschenien-Abstimmung verschoben

GENÈVE: Die UNO-Menschenrechtskommission hat ihre Abstimmung über eine Resolution zu Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien auf Dienstag kommender Woche verschoben. Das teilte die UNO am Montag in Genève mit. Die Abstimmung war ursprünglich für den (heutigen) Dienstag terminiert. Die EU und Russland hatten gemeinsam um die Verschiebung gebeten, nachdem sich die russische Delegation bereit erklärt hat, zusammen mit den Europäern einen Text für eine so genannte «Erklärung des Kommissionsvorsitzenden» zu erarbeiten. Russland hofft, dadurch einer Verurteilung durch die Kommission zu entgehen. Die EU hatte in einem Resolutionsentwurf vergangene Woche von Russland eine sofortige Waffenruhe und die Einrichtung einer unabhängigen nationalen Kommission gefordert, welche die Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen prüfen soll. Die Resolution wurde neben den EU-Staaten auch von der Schweiz, Kanada und einigen Staaten Osteuropas unterzeichnet.

Russland bildet eigene Kommission

MOSKAU: In Russland wird als Reaktion auf den Druck Europas eine Kommission zur Untersuchung der Lage in Tschetschenien gebildet. Dies gab der Leiter des Rechtsausschusses der Duma, der frühere Justizminister Pawel Krascheninnikow, gestern bekannt. Die Kommission werde weder auf der Seite der russischen Truppen noch auf der Seite der Rebellen stehen. «Unsere Aufgabe ist die objektive öffentliche Einschätzung der Lage in Tschetschenien und der Ereignisse, die sich dort in den 90er Jahren abspielten», zitierte ihn die Nachrichtenagentur ITAR-TASS. Aus den Angaben ging hervor, dass sich die Kommission mit dem ersten Tschetschenien-Krieg (1994 bis 1996) und mit dem 1999 begonnenen zweiten russischen Feldzug in der abtrünnigen Kaukasus-Republik beschäftigen wird.

Menschenrechtsgruppen: Proteste gegen Putin

Russlands Präsident Vladimir Putin trifft britischen Premierminister Tony Blair in London

LONDON: Der russische Präsident Wladimir Putin und der britische Premierminister Tony Blair bleiben uneins über die Tschetschenien-Politik Moskaus. Putins Besuch in London wurde von heftigen Protesten begleitet.

«Wir haben jedes Recht, in Tschetschenien den islamischen Terrorismus zu bekämpfen», sagte Putin am Montag auf einer Pressekonferenz mit Blair zum Abschluss seines Besuchs. Es war der erste in einem westlichen Land nach seiner Wahl zum Präsidenten.

Blair hatte zuvor nach Worten Putins gesagt, die Antwort auf Sicherheitsprobleme in Tschetschenien müsse «angemessen» sein, und alle angeblichen Kriegsverbrechen müssten untersucht werden. Putin meinte: «Es gibt zweifellos viele Meinungsunterschiede in dieser Frage zwischen uns. Aber es waren sehr nützliche Gespräche.»

Einbindung statt Isolation

Der britische Regierungschef verteidigte die Einladung an Putin, gegen die vor dem Amtssitz Downing Street 10 Vertreter von Menschenrechtsgruppen und des Rats der britischen Moslems protestierten. «Es ist sinnvoll, Russland einzubinden und nicht zu isolieren», sagte Blair. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch fordert Blair auf, er solle Putin mit



Ein Demonstrant wird in Whitehall von der Polizei festgenommen. Menschenrechtler haben gegen den Besuch des russischen Präsidenten Vladimir Putin in London protestiert. (Bild: Keystone)

rechtlichen Schritten beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof drohen. Amnesty International verlangte, der Premierminister solle den Präsidenten unter Druck setzen, eine Untersuchung der Kriegsverbrechen durch die UNO zuzulassen.

Auch aus Blairs Labour Partei kam Kritik. Labour-Vertreter Jeremy Corbyn bezeichnete die Einladung Putins als Fehler. Bereits das

Treffen mit Blair im vergangenen Monat in Sankt Petersburg habe Putin dafür genutzt, von einer «stillschweigenden Zustimmung» zum Vorgehen in Tschetschenien auszugehen.

Kommission begrüsst

Putin begrüsst die Bildung einer unabhängigen Kommission. Diese wurde am Montag aus ange-

sehenen russischen Politikern gebildet und soll mögliche Verbrechen in Tschetschenien untersuchen. Die Kommission werde die volle Unterstützung Russlands haben, sagte Putin.

Blair hatte sich dagegen für den ungehinderten Zugang internationaler Beobachter und Ermittler zum Kriegsgebiet in Tschetschenien ausgesprochen.

RADIO L
LIECHTENSTEIN



Radio L vom 10.-20. April 2000 im Rheintal unterwegs. Preise im Gesamtwert von über 6.000.- Franken zu gewinnen.

Altstätten 18. April

Heerbrugg 20. April

Au 19. April



U H R E N
B I J O U T E R I E



Power Für 3 Länder vom Bodensee bis zum Walensee

im Rheintal auf 106.1 FM über Kabel auf 92.6 FM

GEMEINDE



ESCHEN

Vergabebekanntmachung

Öffentliche Ausschreibung

Gemäss Gesetz vom 19. Juni 1998 über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge, LGBl. 1998/135, werden folgende Arbeiten unterhalb des Schwellenwertes ausgeschrieben:

Auftraggeber: Gemeinde Eschen / Land Liechtenstein

Objekt: Mehrzweckgebäude Eschen
Trafostation-Bushaltestelle

Auftrag: BKP 213 Montagebau in Stahl
BKP 214 Montagebau in Holz
BKP 222 Spenglerarbeiten

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Offertbezug: Montag, 17. April 2000
bei der Gemeindebauverwaltung in Eschen

Eingabe: Ort: Gemeindebauverwaltung Eschen
Datum: Freitag, 28. April 2000, 12.00 Uhr

Die Offerten sind in einem verschlossenen Umschlag mit dem Vermerk «Mehrzweckgebäude + Arbeitsgattung» einzureichen.

Ort / Datum: Eschen, 17. April 2000

GEMEINDEVORSTEHUNG ESCHEN
Vorsteher: Gregor Ott

Samariter

Samariter helfen mit Herz, Kopf und Hand.